

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard
Schwarzer, Katharina

Finanz- und Rechnungswesen
Auszubildende im Kreistagsbüro

Schriftführerin:

Schüßler, Helene

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Berg eröffnete um 16:35 Uhr die 17-005. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlten das Ausschussmitglied der FREIE-WÄHLER-Fraktion, Walter Öhlenschläger, sowie die Faktionsvertreterin mit beratender Stimme der Fraktion DIE LINKE, Barbara Chaluppa.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

**Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße;
hier: Bericht zum Sachstand**

Erster Kreisbeigeordneter Metz stellte seinen Vorschlag für einen Krankenhausverbund Gesundheitsstiftung Bergstraße (Arbeitstitel) vor, der in schriftlicher Form an die Mitglieder des Ausschusses verteilt wurde.

Ausgangspunkt für die Erarbeitung dieses Konzepts seien die nicht mehr länger leistbaren Doppelstrukturen bei den Krankenhäusern im Kreis sowohl aus finanzieller Sicht als auch im Hinblick auf die qualitative Weiterentwicklung und die Personalgewinnung der Häuser.

Als gemeinsames Dach für sich beteiligende Krankenhäuser werde ein Stiftungsdach vorgeschlagen, unter dem eine zentrale Steuerung der Strukturen und des medizinischen Konzepts der einzelnen Häuser erfolgen solle. Durch Abbau von bisherigen Doppelstrukturen könnte das Leistungsangebot in einem Krankenhausverbund wirtschaftlicher erbracht und ausgeweitet werden.

Derzeit würden jährlich rund 24.000 Patienten in den vier in den erarbeiteten Vorschlag einbezogenen Krankenhäusern, Kreiskrankenhaus Bergstraße in Heppenheim, Heilig-Geist-Hospital Bensheim, St. Marienkrankenhaus Lampertheim und Luisenkrankenhaus Lindenfels, stationär versorgt. Rund 16.000 Patienten aus dem Kreis würden pro Jahr in Krankenhäusern außerhalb des Kreises behandelt, so dass bei einem erweiterten Leistungsangebot in einem Krankenhausverbund zukünftig zumindest ein Teil dieser Patienten im Kreis versorgt werden könnte.

Für das medizinische Konzept der vier Krankenhäuser werde folgende Schwerpunktsetzung vorgeschlagen:

Heilig-Geist Hospital Bensheim

- Konzentration des Bereiches Frauenheilkunde/Geburtshilfe mit eventueller Erweiterung des Leistungsangebotes mit neonatologischer Versorgung
- Umwandlung der Belegabteilung Urologie in eine Hauptfachabteilung
Ausprägung der Bereiche Chirurgie und HNO als Belegabteilungen
- Ausbau des gemeinsamen Darmzentrums mit dem Kreiskrankenhaus

Kreiskrankenhaus Bergstraße

- Erhalt als Notfallversorgungsstandort
- Ausbau der Bereiche Kardiologie, Chirurgie und Gastroenterologie
- Ausbau des gemeinsamen Darmzentrums mit dem Heilig-Geist-Hospital

St. Marienkrankenhaus

- Ausprägung wie bisher (Innere Medizin und Geriatrie)

Luisenkrankenhaus

- Vorschlag für Ausrichtung des zukünftigen Angebots steht noch aus, da bisher nur Absichtserklärung und keine Entscheidung des katholischen Klinikverbundes Südhessen bezüglich Übernahme des Krankenhauses
- Erhalt als stationärer Anlaufpunkt für die Bevölkerung im Odenwald

Für den ethisch problematischen Bereich der Schwangerschaftsunterbrechung seien Lösungsmöglichkeiten gegeben wie stationäre Durchführung wie bisher nur im Kreiskrankenhaus oder ambulant in einer niedergelassenen Praxis.

Während derzeit alle vier Krankenhäuser mehr oder weniger defizitär arbeiteten, werde in einem Klinikverbund nach Abschaffung von Doppelstrukturen und Ausweitung des Leistungsangebotes die Erzielung einer ausreichenden Rendite für notwendige Instandhaltungsaufwendungen der Häuser möglich. Für die Umsetzung einer solchen Verbundlösung brauche es aber sicher einige Jahre.

Erster Kreisbeigeordneter Metz äußerte abschließend seinen Wunsch, dass der Kreisausschuss dem Kreistag in seiner Sitzung am 12. Dezember 2011 ein Konzept für eine Verbundlösung im Kreis vorlegen könne. Die beteiligten Krankenhausträger signalisierten bei ihrer letzten Sitzung dahingehend Gesprächsbereitschaft.

Sollte die Basis für eine solche Verbundlösung bis Ende 2011 jedoch nicht vorliegen, werde sich der Kreis nach anderen Krankenhausträgern als Partner für eine Kooperation umsehen. Hierfür laufe seit letztem Jahr ein Markterkundungsverfahren, das kurz vor dem Abschluss stehe.

Bei der anschließenden Aussprache gab es folgende Anmerkungen und Fragen zum Konzeptvorschlag von Erstem Kreisbeigeordneten Metz:

- Abgeordneter Ohl nannte die vorgeschlagene Stiftungslösung prinzipiell eine gute Idee. Die FDP-Fraktion sei allerdings skeptisch hinsichtlich der Realisierung, da keine verlässlichen Zahlen für die beiden katholischen Krankenhäuser in Bensheim und Lampertheim vorlägen und beim Luisenkrankenhaus notwendige Investitionen in der Vergangenheit unterlassen worden seien. Weitere Bedenken beträfen die Unterschiede bei der Personalauswahl und beim Arbeitsrecht zwischen Krankenhäusern in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft und katholischen Krankenhäusern sowie die Haltung der katholischen Kirche zur Schwangerenberatung und Schwangerschaftsunterbrechung. Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen mit der katholischen Kirche habe er Probleme, ihr als Partnerin zu trauen.
- Abgeordneter Otto Schneider erklärte, dass die SPD-Fraktion eine Lösung mittragen werde, bei der die Krankenhausversorgung im Kreis sichergestellt sei. Die Entscheidung darüber solle möglichst schnell getroffen werden, wobei die Rechtsform - Stiftung oder Genossenschaftsmodell - für die SPD nicht ausschlaggebend sei. Der von Erstem Kreisbeigeordnetem Metz vorgestellte Konzeptentwurf weise Ähnlichkeiten zum seinerzeitigen Gutachten von Prof. Dr. Neubauer auf. Damals habe es allerdings bei den in das Gutachten einbezogenen Krankenhäusern für viele Bereiche noch keine Doppelstrukturen gegeben. Für Lindenfels nannte er den Erhalt des medizinischen Versorgungszentrums notwendig, da es dort derzeit nur noch zwei niedergelassene Ärzte gebe.
- Abgeordneter Figaj kritisierte es als nicht hilfreich für die anstehenden Gespräche, wenn fehlendes Vertrauen zu Verhandlungspartnern öffentlich geäußert werde.
- Abgeordneter Rothmüller erachtete es als kein gutes Signal für die Gespräche, dass wenige Tage nach der öffentlichen Ausschusssitzung am 29. September 2011 in der Presse die Übernahme des Luisenkrankenhauses durch den Katholischen Klinikverbund Südhessen mitgeteilt worden sei. Weiter fragte er nach der Einbindung von Erstem Kreisbeigeordneten Metz in die Verhandlungen über das Luisenkrankenhaus zwischen Agaplesion und dem Katholischen Klinikverbund.
- Abgeordnete Hechler hielt eine schnellstmögliche Umsetzung einer Verbundlösung für erforderlich, da sonst als Alternativplanung die Privatisierung des Kreiskrankenhauses zu befürchten sei. In Anbetracht des bestehenden Handlungsdrucks sei Misstrauen gegenüber einem potentiellen Partner kontraproduktiv. Für eine Verbundlösung fordere die SPD-Fraktion folgende Voraussetzungen: Erhalt aller Krankenhausstandorte, Verbleib des Kreiskrankenhauses in öffentlicher Trägerschaft mit Anwendung des TVöD, gemeinsame "Kasse" des Verbunds. Mit der vorgeschlagenen Stiftungslösung sei die SPD-Fraktion einverstanden, obgleich sie ein Genossenschaftsmodell favorisiere. Die Krankenhäuser müssten zu Gesundheitszentren ausgebaut werden und sollten ihre Entbindungsstationen behalten, damit es hierüber zu keiner die Verhandlungen belastenden emotionalen Debatte komme.

- Abgeordneter Gottfried Schneider bezeichnete die Gespräche mit dem Katholischen Klinikverbund Südhessen als möglichen Partner für eine regionale Verbundlösung als vertrauensvoll und ging davon aus, dass sie bis Ende des Jahres zu einer Lösung führten. Bis zur Kreistagssitzung am 12. Dezember 2011 sei die Grundlageneentscheidung hierüber zu treffen. Als etwas problematisch für die Gespräche sah er, dass Beratungen hierzu bei einem der Partner auch in öffentlicher Sitzung und beim anderen Partner nur in nichtöffentlichem Rahmen stattfänden.
- Landrat Wilkes verwies auf die schwierige Ausgangslage für den Zusammenschluss zu einem Krankenhausverbund und bekundete sein Vertrauen zu allen Gesprächspartnern. Bis zur Kreistagssitzung am 12. Dezember 2011 müsse klar sein, ob ein gemeinsames "Dach" für die vier Krankenhäuser gewollt sei. Vorwürfe an frühere Dezernenten, für die Entwicklung der Krankenhauslandschaft im Kreis zu wenig unternommen zu haben, hielt er für nicht angebracht und hilfreich und erinnerte an die 2004 erfolglos gebliebenen Gespräche mit der Leitung des Bistums Mainz über eine Kooperation des Kreiskrankenhauses mit den katholischen Krankenhäusern im Kreis. Er wünsche sich zukünftig für die Krankenhauslandschaft im Kreis keine Trägervielfalt, sondern "ein Haus mit vielen Türen". Die Festlegung der medizinischen Schwerpunkte werde sich ergeben, wenn Einigkeit über ein gemeinsames "Haus" bestehe.
- Abgeordnete Hechler sprach sich dagegen für eine Trägervielfalt bei den Krankenhäusern mit ihren unterschiedlichen Leitbildern und arbeitsrechtlichen Bedingungen aus. Die Gespräche mit dem Katholischen Klinikverbund Südhessen über eine Verbundlösung seien unter den Voraussetzungen zu führen, dass das Kreiskrankenhaus sein Leitbild beibehalten und Lindenfels als ein Standort für die Notfallversorgung festgelegt werde.

Erster Kreisbeigeordneter Metz nahm im Anschluss zu den Anmerkungen und Fragen wie folgt Stellung:

- Gespräche mit den Verhandlungspartnern würden auf der Basis von Grundvertrauen und -akzeptanz geführt. Die mit Beschluss des Kreistages vom 21. Juni 2010 festgelegten Ziele dienen dabei als Handlungsleitlinien.
- Die Entscheidung über die Festlegung von Lindenfels als Krankenhausstandort für die Notfallversorgung treffe das Sozialministerium. Das Luisenkrankenhaus werde in die Gespräche über einen Zusammenschluss von Krankenhäusern zu einem Krankenhausverbund einbezogen.
- Ethische Fragestellungen wie z.B. zum medizinischen Angebot für Schwangerschaftsunterbrechungen würden in den Gesprächen behandelt und Lösungsmöglichkeiten gesucht.
- Die gesellschaftsrechtliche Ausgestaltung eines Krankenhausverbunds sei derzeit noch nicht festgelegt; eine Vereinheitlichung des Leitbildes der beteiligten Krankenhäuser sei ausgeschlossen.

